

Bericht über die Informationsveranstaltung zum Thema Breitbandförderung und zum Breitbandausbau im Land Brandenburg vom 15. März 2017 in Lübbenau/Spreewald



Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg und der Netzbetreiber RFT kabel luden am Mittwoch, den 15. März 2017, zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung zum Thema Breitbandförderung und -ausbau im Land Brandenburg in die Stadt Lübbenau/Spreewald ein. Rund 60 Teilnehmer aus den Städte, Gemeinden und Ämtern sowie Breitbandverantwortliche Brandenburgs waren der Einladung ins Lübbenauer Rathaus gefolgt.

„Wenn wir uns auf den Weg machen, sollten wir auch modernste Technik einsetzen, um mit der Entwicklung Schritt halten zu können.“ sagte Helmut Wenzel, Bürgermeister von Lübbenau. In seinem Grußwort an die Gäste betonte Helmut Wenzel, die Bedeutung des Netzausbaus vor allem für ländliche Gebiete. „Das Bundesförderprogramm“, so der Bürgermeister, „ist eine Chance, die wir uns nicht entgehen lassen dürfen.“ Mit Nachdruck verwies er auf den hohen Stellenwert von Breitbandanschlüssen u. a. für die Wirtschaftsförderung. Seiner Ansicht nach gehöre der Zugang zu hochbitratigen Netzen unbedingt zu den Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge.

„Es macht keinen Sinn irgendetwas in die Erde zu legen, was hinterher nicht nutzbar ist.“ machte Sven Knapp, Leiter Politik und Gesetzgebungsverfahren beim Bundesverband Breitbandkommunikation e. V. (BREKO) deutlich und informierte zum DigiNetz-Gesetz. Ziel des 2016 verabschiedeten Gesetzes ist, den deutschlandweiten Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze zu beschleunigen. Es verpflichtet u. a. Stadtwerke, bestehende Energie- und Abwasserleitungen für Breitbandkabel zu öffnen und fordert zudem die obligatorische Mitverlegung von Glasfaserkabel beim Bau oder der Sanierung von Straßen. Die anschließende Diskussion unter den Gästen zeigte, dass noch viele Unklarheiten sowie Gesprächsbedarf bezüglich des DigiNetz-Gesetz bestehen.

„Die Generation der >digital natives< prägt die berufliche und private Welt von heute.“ unterstrich Mario Quast, Wirtschaftsreferent der Stadt Frankfurt (Oder) und warnte vor einem „digitalen Graben zwischen fortschrittlichen Kommunen und denjenigen, die die Digitalisierung nicht systematisch in Angriff nehmen.“ Die Digitalisierung sei auch für Frankfurt (Oder) eine Herausforderung, aber gleichzeitig bietet sie Chancen vieles zu verbessern, z. B. in der Verwaltung. „Wenn Arbeitsabläufe durch digitale Anwendungen vereinfacht werden, können wir uns um die wahren Bedürfnisse der Bürger kümmern und Verwaltungsakte klein halten, nicht anders herum“, so Quast. Der Breitbandbeauftragte schilderte die positiven Erfahrungen der Stadt Frankfurt (Oder) mit dem BMVI-Bundesförderprogramm Breitband.

„Wir müssen die Bedürfnisse von Übermorgen berücksichtigen.“ leitete Stefan Tiemann, Geschäftsführer der RFT Kabel seinen Vortrag ein. Der Brandenburgische Netzbetreiber, dessen Unternehmen seit mehr als 25 Jahren Glasfasernetze plant, errichtet und bewirtschaftet, zeigte am Beispiel Luckenwalde, wie der Breitbandausbau in der Praxis gelingen kann.

„Wir brauchen jetzt ein Umdenken im Bereich digitaler Vorsorge, denn eine moderne Infrastruktur wird immer mehr zum entscheidenden Faktor für Wirtschaftsentwicklung und Lebensqualität in unseren Städten und Kommunen. Wer auf veraltete Netztechnologien setzt, wird den Anschluss verlieren.“, appelliert Jürgen Steinert von der Tele-Kabel-Ingenieurgesellschaft Chemnitz (TKI) an die Teilnehmer der Veranstaltung. Steinert ging in seinem Vortrag auf die verschiedenen Tiefbaumethoden beim Breitbandausbau ein und beschrieb sowohl Vorteile als auch Nachteile der einzelnen Tiefbaumethoden.

Daniel Knohr vom Breitbandbüro des Bundes stellte abschließend noch mal klar: „Die Fördergrundlage ist eine Versorgung im Fördergebiet mit 100 Prozent. Der Bund werde hier keine Ausnahmen zulassen.“ – und ging somit auf die Sorgen einiger Teilnehmer ein, wieder so genannte „weiße Flecken“ der Breitbandversorgung zurückzulassen. Herr Knohr beantwortete abschließend Fragen zum Antragsverfahren für die verschiedenen Förderprogramme des BMVI und gab den Gästen dabei hilfreiche Tipps.

Silke Kühlewind, Referatsleiterin des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, moderierte die Veranstaltung und zeigte sich mit der Veranstaltung zufrieden: „Der Informationsbedarf ist sehr hoch und es sind noch einige Hausaufgaben zu erledigen, auch von unserer Seite. Wir werden den Städten, Gemeinden und Ämtern beim Thema Breitbandausbau Unterstützung bieten und auch künftig als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.“

Zusammenfassend ist zu resümieren: Die Schaffung einer annähernd flächendeckenden Breitbandversorgung mit Übertragungsraten von 50 Mbit/s bzw. mindestens 30 Mbit/s bleibt eine der zentralen Infrastrukturaufgaben in den kommenden Jahren. Der Aufbau der Breitbandinfrastruktur bedarf der fortwährenden Investition, die jedoch in erster Linie in privatwirtschaftlicher Verantwortung liegt. Bei einem Marktversagen der Privatwirtschaft muss der Bund nach der Maßgabe des Art. 87f Grundgesetz eine flächendeckend angemessene und ausreichende Breitbandversorgung gewährleisten.

In diesem Zusammenhang ist das Bundesprogramm zur Verbesserung der Breitbandversorgung mit einer Förderung von 2,7 Milliarden Euro ein wichtiges Instrument für einen angestrebten Technologiewechsel zu zukunfts- und hochleistungsfähigen Breitbandnetzen. Hochleistungsfähige Breitbandnetze sind die „digitalen Straßen“ für eine nachhaltige Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Verwaltung im Rahmen der Digitalisierung der Gesellschaft. Mit dem Breitbandprogramm des Bundes muss es gelingen, einen Großteil der noch bestehenden Breitbandlücken in Brandenburg zu schließen. Den Anschluss an den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zu verpassen, würde einen nicht wieder gutzumachenden Wettbewerbsnachteil für alle Institutionen und Unternehmen in Brandenburg darstellen und die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs gefährden.

Wohlstand, Beschäftigung und Wertschöpfung sind eng mit der Frage verbunden, wie die Potentiale der Digitalisierung ausgeschöpft werden. Das Hauptziel auf dem Weg zu einer europäischen Gigabit-Gesellschaft ist zweifelsfrei der Auf- und Ausbau der möglichst flächendeckenden Glasfaserinfrastruktur, um den auch in den kommenden Jahren wachsenden Breitbandbedarfen gerecht zu werden.

Silke Kühlewind, Referatsleiterin

Az: 804-00